Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 20. Oktober 2006
Ausgabe 200

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Transrapid: OB Ude informiert Haushaltsausschuss des Bundestags über erhebliche Bedenken 3
› Münchens Mietwohnungen erhalten! Vorstellung einer neuen Interessengemeinschaft 6
› Reise des Umweltschutzausschusses nach Wien, Graz und in die Steiermark 10
› Stadtsparkasse fördert Bewegungserziehung 12
› Buchvorstellung „Ältestes Häuserbuch der Stadt München“ 12
› Neue Broschüre über Angebote demokratischer Bildung in München 13
› Veranstaltung „Erzählen von Gott und der Welt – Begegnungen zwischen Menschen und ihren Religionen“ 14
› Bauleitplanung für Gelände am ehemaligen Thalkirchner Bahnhof 15
› Planänderung im Bereich einer Bahnstrecke 17
› Vortrag „Schutz vor Insolvenz eines Bauvertragspartners“ 18
› Internetkurs „Fit fürs Internet“ in der Kinder- und Jugendbibliothek 19
› Vorlesen und basteln in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing 19
› Führung durch Ausstellung „Modell Neuer Hauptbahnhof 1940/42“ 20
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 20
Baustellen aktuell **21**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Samstag, 21. Oktober, 19.30 Uhr, Ludwig-Maximilians-Universität
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Eröffnung der Münchner Wissenschaftstage, die dieses Jahr vom 21. bis 24. Oktober unter dem Titel „Lebendige Forschung" stattfinden und vom Verband Deutscher Biologen und biowissenschaftlicher Fachgesellschaften e. V. veranstaltet werden. Das städtische Referat für Arbeit und Wirtschaft und das städtische Kulturreferat fördern seit sechs Jahren die Münchner Wissenschaftstage.

Wiederholung
Sonntag, 22. Oktober, 17.30 Uhr,
Neue Messe München, Internationales Congress Center, Saal 1
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht zur Eröffnung der 25. Systems – IT.Media.Communications, die dieses Jahr vom 23. bis 27. Oktober stattfindet.

Wiederholung
Montag, 23. Oktober, 11 Uhr,
Kindertagesstätte an der Reinachstraße 53
Joachim Ebener, Mitglied des Vorstands der Stadtsparkasse München, übergibt dem Leiter des Sportamts im Schulreferat der Landeshauptstadt München, Rudolf Behacker, einen Scheck über 160 000 Euro. Die Kinder- und Jugendstiftung der Stadtsparkasse unterstützt mit dieser Summe ein Kooperationsprojekt in Münchner Modellkindergärten. 16 ausgewählte städtische Kindergärten bekommen so genannte „Bewegungsräume" bei gleichzeitiger Fortbildung der Erzieherinnen. Mit einem Bewegungsprogramm demonstrieren Kindergartenkinder ihr Können an den neuen Geräten.
(Siehe auch unter Meldungen)

Wiederholung
Montag, 23. Oktober, 18 Uhr, Rathaus, Zimmer 209
Bürgermeister Hep Monatzeder überreicht die Preise zum Ideenwettbewerb „Münchnerinnen und Münchner stiften Ideen zur Zukunft". Schwerpunkte des Ideenwettbewerbs der Bürgerstiftung München waren die Themen „Interkulturelles Leben und Lernen" sowie das Zusammenleben von Alt und Jung. Die prämierten Vorschläge sollen dann mit Hilfe der Bürgerstiftung in die Realität umgesetzt werden.

Mittwoch, 25. Oktober, 19.30 Uhr, Club Ampere in der Muffathalle
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte zur Verleihung des Tanzpreises 2006 an Ferenc Barbay. Ferenc Barbay arbeitete in München für das Ballett der Bayerischen Staatsoper, das Bayerische Staatsballett sowie im Rahmen einer Kooperation mit der Theaterakademie und erhält die Auszeichnung als Anerkennung seines Œuvres. Der Preis der Landeshauptstadt München wird alle drei Jahre vergeben und ist mit 10.000 Euro dotiert. Kulturreferentin Professorin Dr. Dr. Lydia Hartl überreicht die Urkunde, der Schriftsteller Wolf Wondratschek hält die Laudatio.

Bürgerangelegenheiten

Montag, 23. Oktober, bis Donnerstag, 26. Oktober, jeweils 7 bis 9 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen) mit der Vorsitzenden Christiane Hacker, Rufnummer 95 72 04 94.

Freitag, 27. Oktober, 14 bis 15 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel, Telefon 22 80 26 76.

Meldungen

Transrapid: OB Ude informiert Haushaltsausschuss des Bundestags über erhebliche Bedenken
(20.10.2006) Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat einstimmig beschlossen, dass die Finanzierung und die Trassenführung des Transrapids keinesfalls zu Lasten der Anbindung des Flughafens an den schienengebundenen Nah- und Fernverkehr gehen darf. Oberbürgermeister Christian Ude hat dies zum Anlass genommen, sich mit einem Schreiben an die Berichterstatter der im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags vertretenen Fraktionen zu wenden. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages am 26. Oktober 2006 über das für den Transrapid wesentliche Haushaltskapitel 12 für das Jahr 2007 entscheiden soll. Zur Erinnerung: An Bundesmitteln sind noch 445 Millionen Euro für die Realisierung von Anwendungsstrecken für die Magnetschwebebahntechnik vorgesehen, jedoch ist die Freigabe der Mittel

an die Vorlage eines Finanzierungskonzeptes und einer Wirtschaftlichkeitsberechnung gebunden.
Nachstehend der Wortlaut des Schreibens:
„Im Zusammenhang mit der anstehenden Befassung des Haushaltsausschusses über die Finanzierung einer Anwendungsstrecke für die Magnetschwebebahn darf ich Sie als Berichterstatter zu Kapitel 12 des Haushaltsentwurfes im Interesse einer verantwortungsvollen Entscheidung über neuerliche Entwicklungen informieren:

- ***Der Bayerische Städtetag wendet sich gegen Finanzierung und Trassenführung auf Kosten anderer wichtiger Nahverkehrsprojekte in Bayern.***
  Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat am 17. Oktober 2006 einstimmig folgenden Beschluss gefasst: „Der Vorstand stellt fest, dass die Finanzierung der Transrapid-Strecke und die Trassenführung vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen keinesfalls zu Lasten der Anbindung des Flughafens an den Nah- und Fernverkehr durch S-Bahnen und Regional- und Fernzüge sowie ebenso wenig zu Lasten des sonstigen Schienenpersonennahverkehrs in Bayern gehen darf."
  Damit wird auf das Problem hingewiesen, dass durch die Finanzierung des Transrapids andere wichtige Nahverkehrsprojekte in Bayern gefährdet werden und die Transrapidtrasse infolge der Belegung des bereits im Rohbau vorhandenen Flughafen-Fernbahntunnels die geplanten direkten Schienenanbindungen für Nord- und Ostbayern an den Flughafen erheblich erschweren und wesentlich verteuern würde. Davon wären auch Bundesmittel betroffen.
- ***Eine Münchner Referenzstrecke kann nicht die Gesetze des Marktes überwinden***.
  Der Transrapid eignet sich zur schnellen Überwindung von Mittelstreckendistanzen. Einen weiteren Vorstoß von Main-Taunus-Landrat Berthold Gall und Thyssen-Krupp-Vorstandsmitglied Dr. Hans Christoph Atzpodien zum Bau einer 125 Kilometer langen Transrapid-Strecke zwischen den Flughäfen Frankfurt und Hahn hat das Land Hessen mit dem Hinweis, dass eine derartige Verbindung mit konventioneller Bahntechnik günstiger und schneller zu realisieren wäre, abgelehnt. Damit wurden zugleich die Gründe der mangelnden Markteinführung dargelegt. Wofür aber benötigt man eine Referenzstrecke, wenn bereits im eigenen Land alle weiteren möglichen und aufgrund Topographie, Distanz sowie Transportaufgabe potentiell geeigneten Anwendungsstrecken unter Hinweis auf die Kosten und den technischen Aufwand ausgeschlossen werden?

- ***Über die wirklichen Kosten besteht nach wie vor keine Klarheit.*** Einem Finanzierungskonzept als Voraussetzung für die Freigabe der Bundesmittel fehlt es an einer verlässlichen Grundlage. Bereits in meinem Schreiben vom 15. September 2006, also Tage vor dem schweren Unglück im Emsland, hatte ich darauf hingewiesen, dass die Stadt im Zuge des Planfeststellungsverfahrens auf erhebliche Mängel in wichtigen Bereichen wie beispielsweise Sicherheit oder Lärmschutz gestoßen ist. Hier nachzubessern ist, wenn bauliche Änderungen im Tunnelbereich oder Allwetter-Zuwegungen für Hilfsfahrzeuge an der ganzen Trasse erforderlich werden, erfahrungsgemäß mit Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe verbunden. Abgesehen davon erhöhen sich die Kosten allein durch die Mehrwertsteuererhöhung um etwa 55 Millionen Euro, so dass wir schon jetzt von Kosten erheblich über zwei Milliarden sprechen können.
- ***Eine profunde Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, wie sie für jedes vom Bund geförderte Verkehrsprojekt Voraussetzung ist, liegt bei dem Münchner Projekt bislang nicht vor.*** Bei allen von Bund und Ländern geförderten Verkehrsprojekten wird die Förderfähigkeit von dem, mittels standardisierter Bewertung nachgewiesenen, positiven Kosten-Nutzen Verhältnis abhängig gemacht. Wenn Bundesmittel ausgegeben werden, muss die gleiche Untersuchung auch für den Transrapid durchgeführt werden. Der Bundesrechnungshof kam im Jahr 2002 zu dem Ergebnis, dass der Kosten-Nutzen-Quotient unter 1 liegt, das Projekt somit nicht förderfähig ist. Bis jetzt ist keine Untersuchung mit einem anderen Ergebnis bekannt.

Die erheblichen Zweifel am Transrapidprojekt haben sich weiter verstärkt. Ein wirklicher Nachweis für die wirtschaftspolitische Begründung wurde bislang nicht erbracht. Die Erschließung des Flughafens Hahn zeigt, dass sich vielmehr Bund und andere Länder bei möglichen Trassen gegen die Magnetbahntechnologie entscheiden. Was die verkehrspolitische Bedeutung angeht, so darf ich darauf hinweisen, dass der Transrapid selbst bei wohlwollenster Betrachtung gerade einmal das Fahrgastaufkommen einer mittel ausgelasteten Trambahn in München erreichen würde. Eine leistungsfähige Verbindung zum Flughafen wird damit nicht geschaffen. Abschließend darf ich erneut auf die Analyse und Folgerungen des Bundesrechnungshofes von Juni 2002 verweisen, eine Grundlage für eine finanzielle Verpflichtung des Bundes für das Münchner Projekt ist demnach nicht gegeben."

Zum gestrigen Pressegespräch der Magnetbahngesellschaft

Zum gestrigen Pressegespräch der Magnetbahngesellschaft bemerkt OB Christian Ude: „Es ist schon abenteuerlich, mit welchen Argumenten die

Magnetbahngesellschaft den für die reale Nothilfe zuständigen Fachdienststellen sowohl das aktuelle Brandschutz- als auch das Sicherheitskonzept vorenthält. Begründet wird dies damit, dass auch Betreiber von Atomkraftwerken angesichts der Terrorgefahr nur ungern Einblick in die Gefahrenabwehr geben. Gleichzeitig wird zuerst einem ausgewählten Kreis von Journalisten Zugang zu Informationen gewährt, die der im Ernstfall zuständigen Berufsfeuerwehr und dem Katastrophenschutz immer noch nicht vorliegen. Natürlich sind die Sicherheitsfragen auch relevant für das Planfeststellungsverfahren, denn beispielsweise ist die Frage der Herstellung einer für die Feuerwehr notwendigen Begleittrasse nur dort zu lösen, und nicht in einem geheimen Sicherheitskonzept."

(teilweise voraus)

Münchens Mietwohnungen erhalten!

Vorstellung einer neuen Interessengemeinschaft

(20.10.1006) Bei einem Pressegespräch im Rathaus wurde eine neue Interessengemeinschaft vorgestellt, die sich die Erhaltung des Münchner Mietwohnungsbestandes zum Ziel gesetzt hat. An dem Pressegespräch nahmen außer Oberbürgermeister Christian Ude, Stadtbaurätin Professorin Christiane Thalgott und Dietmar Bock, Geschäftsführer GWG, folgende Vertreter der Wohnungswirtschaft teil: Alfons Doblinger, Geschäftsführer Bayerische Städte- und Wohnungsbau, Peter Baumeister, Geschäftsleiter Bayerische Städte- und Wohnungsbau, Margit Dittmann, Vorstand GBW AG, Maria Knauer, Vorstand GEWOFAG, Karl-Heinz Bleser, Vorstand GWG Stuttgart, Johann Zweier, Geschäftsführer GWOS, Gerd Popp, Sprecher der Geschäftsführung GWOS, Dr. Michael Franz, Vorstand Heimag, Dr. Mattias Ottmann, Geschäftsführer Südhausbau, Michael Wallner, Geschäftsführer Heimbau Bayern, Rudolf Wallner, Geschäftsführer Heimbau Bayern, Wilhelm Prey, Vorsitzender der Vereinigung Münchner Wohnungsunternehmen e.V. und Wolfgang Zeitler, Geschäftsführer ZF Generalbau.
Der Redebeitrag von Oberbürgermeister Christian Ude hat folgenden Wortlaut:
„Heute möchte ich Ihnen eine neue Interessengemeinschaft der Stadt zusammen mit privaten Akteuren vorstellen, die sich die Erhaltung des Münchner Mietwohnungsbestandes zum Ziel gesetzt hat. Damit stemmt sich München ein weiteres Mal gegen den bundesweiten Trend, Mietwohnungen zum Spielball der Spekulation werden zu lassen.
Während in den letzten Jahren eine leichte Entspannung auf dem Münchner Wohnungsmarkt festzustellen war, wird für Ende des Jahrzehnts, das ja fast schon in Sichtweite ist, wieder eine Zunahme der Nachfrage prognostiziert. Das hat verschiedene Gründe: München verzeichnet nun

schon seit einigen Jahren – anders als vorher drei Jahrzehnte lang und auch hier gegen den bundesweiten Trend – einen Geburtenüberschuss. Außerdem zieht der Münchner Arbeitsmarkt mit seinen besseren Chancen Jobsuchende aus nah und fern an. Außerdem wachsen in wirtschaftlich guten Zeiten, die nachweislich der Gewerbe- und Einkommenssteuer derzeit viele Münchner Unternehmen und Bevölkerungsgruppen erleben, die Ansprüche an die Wohnfläche.
Die Lage wird zusätzlich verschärft werden durch den allgemein schwindenden Bestand an Mietwohnungen in unserer Stadt.
So haben sich bereits einige Unternehmen in München, die noch über einen teilweise sehr großen Wohnungsbestand verfügten, von diesem getrennt und haben ihn auf dem Immobilienmarkt zum Kauf angeboten. Häufig werden diese Mietwohnungen dann in Eigentumswohnungen umgewandelt. Diese Entwicklung breitet sich derzeit in Deutschland ja geradezu epidemieartig aus.

Bereits 550.000 Wohnungen veräußert!

Wie Sie alle wissen, hat diese „Epidemie" auch vor einigen deutschen Kommunen nicht Halt gemacht, die durch die Veräußerung ihrer Wohnungsbestände hoffen, sich „gesund stoßen" und ihre Verschuldung in den Griff bekommen zu können.
In diesem Zusammenhang eine Zahl, die das Ausmaß dieser Entwicklung greifbarer macht: inzwischen wurden allein seitens gemeinnütziger und öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften bereits 550.000 Wohnungen an ausländische Finanzinvestoren veräußert.
Die Investoren, die diese ehemals firmeneigenen wie auch kommunalen Wohnungen kaufen, sind aufgrund der Ausrichtung ihrer Firmenpolitik üblicherweise nicht an langfristigen Bestandserhaltungen, sondern an der schnellen Erzielung hoher Renditen, an Weiterveräußerungen und umfassenden Privatisierungen interessiert. Es handelt sich also gemeinhin um die in letzter Zeit so vielzitierten „Heuschrecken" oder – um in der einschlägigen Fachsprache zu bleiben „Private Equity".

Spekulation an der Börse

Die Einführung von REITs, also Real Estate Investment Trusts, den Immobilien-Anlagegesellschaften, die in Bürogebäude oder Wohnungen investieren oder Dienstleistungen rund um Immobilien anbieten und börsennotiert sind, wird die allgemeine Gier noch vergrößern. Als Motiv wird genannt, dass die weltweiten Kapitalströme nicht am deutschen Markt vorbeiziehen sollen. Schätzungsweise zehn Milliarden Euro sollen in börsennotierte Anlagegesellschaften umgeleitet werden, die damit dann öffentliche Wohnungsbestände aufkaufen sollen. Die Verkaufserlöse sollen dann zum Schuldenabbau der öffentlichen Hand verwendet werden.

Die Probleme, die sich dabei für die Mieterschaft, für Wohnungssuchende und für die Stadtentwicklung ergeben, werden leider von den Befürwortern börsennotierter Immobilien-Anlagegesellschaften ausgeblendet. So sind die Mieter die Hauptleidtragenden dieser Entwicklung, vor allem in Städten mit erhöhter Wohnungsnachfrage wie München. Um die versprochenen Renditen zu erwirtschaften, werden die Real Estate Investmenttrusts alle Möglichkeiten der Mieterhöhung, der preistreibenden Sanierung oder aber der Kostenreduzierung sowie der lukrativen Weiterveräußerung ausschöpfen. Die Zeche zahlen die Mieter. Und Wohnungssuchende werden nach einigen Jahren feststellen, dass das Angebot preisgünstiger Mietwohnungen geschrumpft ist und die Kommunen, die ihren Wohnungsbestand veräußert haben, nicht mehr in der Lage sind, erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Eine nachhaltige Stadtentwicklung wird ebenfalls gefährdet, wenn der Stadt verlässliche Partner in der Wohnungswirtschaft verloren gehen und stattdessen durch immer mehr Aufteilungen und Weiterveräußerungen eine Zersplitterung auf der Eigentümerseite entsteht. Da wird es immer schwerer, beispielsweise in Verbesserung des Wohnumfelds oder in Einrichtungen der Mieterbetreuung und Nachbarschaftshilfe zu investieren. Die Stadt hat deshalb ein vitales Interesse, nicht nur selbst ihren Wohnungsbesitz zu erhalten, sondern auch private Unternehmen zu ermutigen, den Mietwohnungsbestand davor zu bewahren, zum Spielball der Börsenspekulation zu werden.

Der Präzedenzfall Heimag

An dieser Stelle muss ich unseren städtischen Gesellschaften, denen hier bereits eine wichtige Rolle zufällt, ein großes Lob aussprechen.

Und besonders froh bin ich natürlich, dass wir in München mit der verhinderten Veräußerung der 50 Prozent Mitbeteiligung der GAGFAH GmbH an der Heimag München an Finanzinvestoren einen Kontrapunkt zum derzeitigen bundesweiten Trend gesetzt haben. Gemeinsam mit der GEWOFAG, die 20 Prozent der Heimag-Anteile erworben hat, sowie der GWG Baden-Württemberg, die 30 Prozent der Heimag-Anteile erworben hat, konnte die Stadt mit diesen wohnungspolitisch ähnlich ausgerichteten Partnerinnen ihre Handlungsmöglichkeit bezüglich des Heimag-Bestandes sichern und verbessern. Die Heimag München ist damit zu 100 Prozent in der Hand von sozial orientierten Wohnungsunternehmen und zu 70 Prozent darf sich die Stadt als Hausherrin fühlen.

Besonders erfreulich ist auch, dass dieses Geschäft sogar ohne öffentliche Gelder möglich war. Die GWG Baden-Württemberg hat ihren Anteil erworben, weil sie es für eine rentable Investition hält und die GEWOFAG kann den Kauf aus den prognostizierten Mieteinnahmen refinanzieren.

Hier haben wir ein schönes Beispiel dafür, dass ein wirtschaftlicher Um-

gang mit Wohnungsbeständen möglich ist ohne dass man die Wohnungen international agierenden Finanzinvestoren überlässt.
Die Chancen, dass die öffentliche Hand – ihre Gesellschaften oder verbündete Gesellschaften – Wohnungsbestände erwerben und damit Besitz arrondieren oder wirtschaftlichere Größenordnungen erreichen, müssen genutzt werden.
In unserer Stadt gibt es auch eine positive Entwicklung, beispielsweise den Danklblock, der in einer Gemeinschaftsaktion von vier Wohnungsunternehmen und -genossenschaften mit städtischer Unterstützung erworben und daher langfristig für den Mietwohnungsmarkt gesichert werden konnte.

Bestandsbewahrer zusammenbringen!

Das beweist, dass größere und kleinere Münchner Wohnungsunternehmen im Bewusstsein, dass die Bewahrung von Mietwohnungsbeständen in unserer Stadt sehr wichtig ist, durchaus bereit sind, sich hier zu engagieren. So entstand die Idee, dieses Engagement zu bündeln und die „Bestandsbewahrer" zusammenzubringen, um so die Stärkung beziehungsweise den Erhalt des Mietwohnungsbaus in München zu unterstützen. Und aus dieser Idee wurde nach einem ersten gemeinsamen Gespräch im Planungsreferat, an dem einige repräsentative Wohnungsunternehmen – zusammen verfügen sie über ein Potential von zirka 90.000 Mietwohnungen – teilgenommen haben, eine Interessengemeinschaft, deren Schirmherrschaft ich übernommen habe.

Soziale Verantwortung wahrnehmen!

Ziel dieser Interessengemeinschaft ist es, Münchner Unternehmen anzusprechen, die noch Wohnungsbestände besitzen, deren Kerngeschäft jedoch nicht in der Wohnungsbewirtschaftung liegt und die sich deshalb von ihren Wohnungen trennen wollen. Diese Wohnungen sollen vorrangig den Mitgliedern der Interessengemeinschaft angeboten werden, um sie für den Mietwohnungsmarkt langfristig zu erhalten. Eventuell werden sich hier ein paar Prozentpunkte an Verkaufserlösen weniger erzielen lassen, aber dafür hat der Veräußerer das gute Gefühl, sich seiner sozialen Verpflichtung bewusst geworden zu sein.
Wie stark es einem Unternehmen schaden kann, wenn soziale Verantwortung einfach durch Weiterverkäufe abgestreift werden soll, zeigt aktuell das Beispiel von Siemens und BenQ.
Für den Erwerber ist eine nachhaltige Bewirtschaftung im Bestand teurer als für einen Privatisierer, der nur auf die kurzfristige Rendite achtet und sie durch Kostensenkungen, Mieterhöhungen oder Gewinne beim Weiterverkauf anstrebt.

Weitere Mitstreiter gesucht!
Darüber hinaus möchte die Interessengemeinschaft natürlich auch noch weitere Mitstreiter für das gemeinsame Ziel gewinnen und hofft auf ein reges Interesse auf Seiten der Wohnungswirtschaft.
Um die Idee einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, hat die Interessengemeinschaft unter *www.mietwohnungen-fuer-muenchen.de* eine Website im München-Portal eingerichtet, auf der sie sich und ihre Ziele darstellt. Links führen zu den einzelnen Unternehmen, die sich mit einem Firmenprofil vorstellen."

Reise des Umweltschutzausschusses nach Wien, Graz und in die Steiermark
(20.10.2006) Eine dreitägige Informationsreise führte die Mitglieder des Münchner Umweltschutzausschuss zusammen mit Bürgermeister Hep Monatzeder und dem Referenten für Gesundheit und Umwelt, Joachim Lorenz, Anfang der Woche nach Wien, Graz und Mureck (Steiermark).
Ziel der Reise war es, sich zu den Themen Biomasse so wie anderen Bioenergien und Feinstaub vor Ort zu informieren. Begleitet wurden die Stadträtinnen und Stadträte von Stephan Schwarz, Geschäftsführer der Stadtwerke München GmbH, und Reinhard Strobl, Direktor im Unternehmen Bayerische Staatsforsten.
Größtes Biomassekraftwerk Europas steht in Wien
Mit dem Biomasseheizkraftwerk Wien Simmering hat Wien das größte Waldbiomassekraftwerk in Europa errichtet. Das Kraftwerk kann 12.000 Haushalte mit Strom und knapp 50.000 Haushalte mit Wärme versorgen. Der jährliche Biomassebedarf liegt bei 190.000 Tonnen. Betrieben wird das Kraftwerk von der Österreichischen Bundesforste AG und zwei Töchtern der Wien Energie GmbH, der Wienstrom GmbH und der Fernwärme Wien GmbH. Vor wenigen Monaten, im Juli, ging das Kraftwerk ans Netz. Die Münchner Stadträtinnen und Stadträten wollten mit ihrem Besuch vor allem die Übertragbarkeit auf Münchner Verhältnisse überprüfen.
„Ein Biomassenkraftwerk in der Größenordnung der Wiener Anlage könnte wesentlich dazu beitragen, das Ziel der Stadt München zu verwirklichen, bis zum Jahr 2020 den Anteil der erneuerbaren Energie auf mindestens 20 Prozent des gesamten Stromverbrauchs anzuheben", sagte Bürgermeister Hep Monatzeder. „In den nächsten Monaten müssen wir ausloten, ob und wie wir so ein Kraftwerk in Zusammenarbeit mit den Münchner Stadtwerken und den Bayerischen Staatsforsten realisieren können."
Wichtig war allen städtischen Reiseteilnehmerinnen und -teilnehmern, dass durch eine ähnliche Kooperation zwischen Rohstofflieferant und Ener-

gieversorger langfristig die Lieferung des Rohstoffs Holz zu stabilen und günstigen Preisen gewährleistet werden kann.

Eine Vision: Die Stadt Mureck ist zu hundert Prozent energieautark

Wohin eine konsequente und engagierte Energiepolitik führen kann, machte die kleine Stadt Mureck an der slowenisch / ungarischen Grenze und das Unternehmen Bioenergie Mureck den Münchnerinnen und Münchnern vor: Mureck hat sich mit Hilfe des Unternehmens losgelöst von der Versorgung mit fossilen Energieträgern und ist zu hundert Prozent energieautark. Statt Erdöl und Erdgas stehen Raps, Mais, Holz, Gülle und Speisealtöl zur Erzeugung von Strom, Wärme und Biodiesel zur Verfügung. Das Murecker Unternehmen deckt jedoch nicht nur den Energiebedarf der Stadt Mureck ab, sondern leistet auch einen wertvollen Beitrag für die regionale Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. „Wir kaufen kein Erdöl mehr und finanzieren sonst auch keine Skilifte in der Wüste oder Hotels im Meer" sagte Juniorchef Karl Totter. „Das Geld bleibt hier, im regionalen Wirtschaftskreislauf."

Wie viel Geld auch die Münchnerinnen und Münchner in die Wüste schikken, machte der Juniorchef den Münchner Stadträtinnen und Stadträte mit einem kleinem Zahlenspiel deutlich. „Wenn das Murecker Konzept in München nur zu 25 Prozent umgesetzt werden würde, dann könnte die Benzin-, Erdöl- und Erdgasrechnung um 1.000 Euro pro Einwohnerin und Einwohner gesenkt werden. Geld, das dann in der Region bleibt und der regionalen Wirtschaft nutzt. "

„Autofahren ist heilbar" – Die Stadt Graz macht sich mit pfiffiger Öffentlichkeitsarbeit fit für Umweltzone und Fahrverbote bei hoher Feinstaubbelastung

Noch knapp ein Jahr und dann ist es so weit: Die Münchner Umweltzone innerhalb des Mittleren Rings mit Fahrverboten für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß soll ab Oktober 2007 gelten. In Graz treten ab 1. Dezember 2006 die Regelungen zur Umweltzone in Kraft, die neben der Stadt Graz auch noch acht Umlandgemeinden umfasst. Die ersten Fahrverbote werden ab Jahreswechsel erwartet. Graz, dessen Feinstaubbelastung im europäischen Spitzenfeld liegt, hat lange für diese Fahrverbote bei ihren Bürgerinnen und Bürgern geworben und sie mit Materialien, Plakaten und Aktionen über Hintergründe und Notwendigkeit informiert. Die Öffentlichkeitskampagne wurde von der EU unterstützt. Darüber hinaus hat Graz umfassende Förderprogramme zur Umstellung alter Heizungen und für den Einbau von Partikelfiltern in Autos initiiert. „Graz hat seine Bürgerinnen und Bürger gut auf die Fahrbeschränkungen vorbereitet" sagte Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt nach Beendigung der Stadtratsreise gestern in München. „Wir waren beeindruckt, mit welcher

Energie, Überzeugung und Ausdauer die Stadt hier arbeitet. Auch in München werden wir nach dem noch ausstehenden Beschluss zu den Ausnahmegenehmigungen im Dezember die Bürgerinnen und Bürger noch intensiver informieren und die notwendigen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der breiten Öffentlichkeit aufzeigen."

Stadtsparkasse fördert Bewegungserziehung

(20.10.2006) Die Stiftung „Für Kinder und Jugendliche unserer Stadt" der Stadtsparkasse München stattet 16 städtische Kindertagesstätten mit Sportgeräten im Wert von 160.0000 Euro aus. Initiiert hat die Aktion das Sportamt der Landeshauptstadt München nach Vorbild des Pilotprojekts „Kinder bewegen" der Deutschen Olympischen Gesellschaft. Nach einer Studie des Staatsinstituts für Frühpädagogik bewegen sich Kinder heute nur noch eine Stunde am Tag und selbst davon nur 15 Minuten intensiv. Die meiste Zeit verbringen sie an ihrem Gameboy, der Playstation oder dem PC.

Jede der 16 von der Landeshauptstadt getragenen Kindertagesstätten, die verteilt auf alle Stadtbezirke liegen, erhält ein so genanntes Starterkit, das den Kindern die Möglichkeit gibt, zu klettern, zu schwingen und zu schaukeln. In den Einrichtungen bereits vorhandene Räume werden mit wenigen Handgriffen in Bewegungsräume verwandelt. Außerdem unterstützt das Schul- und Kultusreferat/Sportamt laufend die Erzieherinnen in den Einrichtungen. So soll Bewegung gefördert, die Freude an der Bewegung vermittelt und die Bewegung in die tägliche Erziehungsarbeit als wesentlicher Bestandteil integriert werden.

Buchvorstellung „Ältestes Häuserbuch der Stadt München"

(20.10.2006) Helmuth Stahleder, bis 2005 stellvertretender Archivleiter am Stadtarchiv München, legte gestern im Stadtarchiv München das zweibändige Werk „Älteres Häuserbuch der Stadt München" vor, das nicht nur die Besitzer der annähernd 300 Häuser der „inneren Stadt" innerhalb der ältesten Stadttore (Marienplatz, Petersplatz, Rindermarkt, Fürstenfelder Straße, Rosenstraße, Kaufingerstraße, Frauenplatz, Thiereckstraße, Weinstraße, Sporerstraße, Gruftstraße, Landschaftstraße, Dienerstraße, Burgstraße, Altenhofstraße), sondern auch deren Bewohnerschaft von 1571 bis zurück zur Mitte des 14. Jahrhunderts rekonstruiert. Dr. Richard Bauer, Direktor des Münchner Stadtarchivs sprach zur Begrüßung.

Seit 1958 mit dem „Häuserbuch der Stadt München" eine vom 15. bis 20. Jahrhundert reichende Bestandsaufnahme aller innerstädtischen Gebäude und aller ihrer Besitzer vorgestellt wurde, besitzt München ein einzigarti-

ges Nachschlagewerk zur städtischen Besitzentwicklung und -verteilung bis zurück ins späte Mittelalter. Das vierbändige, nach den mittelalterlichen Stadtvierteln gegliederte Werk, das mit vergleichenden Straßenansichten nach dem Stand der Jahre 1570 und 1939 illustriert wurde, ist längst zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel bei der Erforschung von familiären Verhältnissen der Hauseigentümer, des Eigentumswechsels von Immobilien und den dafür bezahlten Kaufsummen geworden.
Mit der nun von Dr. Helmuth Stahleder vorgelegten Publikation „Älteres Häuserbuch der Stadt München" wird dieses Werk noch weiter vertieft. Stahleder konnte durch das Heranziehen vielseitigster Quellen (Grundbücher, Steuerbücher, Gerichtsbücher, Urkunden, Spitalrechnungen u.a.) an der gesamten Bausubstanz innerhalb der fünf ursprünglichen Stadttore (Rathausturm, Ruffiniturm, Schöner Turm, Wilbrechtsturm und Krümbleinsturm) die Eigentumsverhältnisse zwischen 1368 und 1571 re-konstruieren. Da neben den Hauseigentümern auch die in den Gebäuden lebenden Mieter und Nutzer samt ihrem Stand, Beruf und ihrem finanziellen Vermögen erfasst sind, ergibt sich eine Soziotopografie Münchens im Mittelalter. Sie dokumentiert das Zusammenleben patrizischer, handwerklicher und unterbürgerlicher Bewohnerschaft in allen ihren Facetten. Stahleders Werk bietet ein detailliertes Informationsangebot über die historische gesellschaftliche Schichtung und die Steuerleistung ihrer Bewohner, wie es keine andere deutsche Stadt sonst vorweisen kann. Damit zeigt sich auch, dass die überaus reiche archivische Überlieferung zu München ein großer Schatz ist. Allerdings bedarf seine Hebung akribischer, häufig langwieriger Forschungsarbeit – im vorliegenden Fall waren dafür 25 Jahre nötig.
Das Buch „Helmut Stahleder: Älteres Häuserbuch der Stadt München" (zwei Bände inklusiv CD-ROM), herausgegeben vom Stadtarchiv München, Verlag Ph. C. W. Schmidt, Neustadt/Aisch 2006, ISBN: 3-87707-678-5, kostet 98 Euro (nur CD-ROM 29 Euro).

Neue Broschüre über Angebote demokratischer Bildung in München
(20.10.2006) Das Stadtjugendamt hat in Kooperation mit dem „Netzwerk demokratische Bildung München" eine Broschüre von Angeboten für demokratische Werte und gegen Rechtsextremismus herausgegeben. Diese Arbeitshilfe ist für Schulen, Horte, Jugendeinrichtungen und Jugendbildungsmaßnahmen gedacht und bietet einen Überblick über die verschiedenen pädagogischen Angebote zu den hochaktuellen Themenbereichen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Präventive Bildungsangebote rund um Demokratielernen, interkulturelle Verständigung und Zivilcourage sind in der Broschüre ebenfalls aufgeführt.

Das „Netzwerk demokratische Bildung" München geht zurück auf eine Initiative des Münchner Stadtrats und einen Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses im Jahr 2005. Es setzt sich zusammen aus Fachkräften der schulischen und außerschulischen Bildung und Ausbildung von jungen Menschen und bringt Schule, Jugendarbeit, Berufsausbildung und Politik in München an einen Tisch. Das Netzwerk tritt ein für die Vermittlung und Realisierung demokratischer Werte in der pädagogischen Arbeit und fördert demokratisches Handeln von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.
Die nun vorgelegte Broschüre ist eine gute Unterstützung aller Bereiche der Bildung und Ausbildung von jungen Menschen in München, um wertvolle Bildungsanstrengungen für demokratische Werte und gegen Rechtsextremismus in die schulische und außerschulische Arbeit einzubinden.
Die Broschüre ist kostenlos erhältlich im Jugendinformationszentrum, Paul-Heyse-Straße 22, 80336 München, Telefon 51 41 06 60, info@jiz-m.de, und bei der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V., Waltherstraße 22, 80337 München, Telefon 65 18 222, info@agfp.de.
Eine Online-Version der Broschüre ist in Vorbereitung.

Veranstaltung „Erzählen von Gott und der Welt – Begegnungen zwischen Menschen und ihren Religionen"

(20.10.2006) „Erzählen von Gott und der Welt – Begegnungen zwischen Menschen und ihren Religionen" – unter diesem Motto einer dreiteiligen Veranstaltung am 24. Oktober im Staatlichen Museum für Völkerkunde, Maximilianstraße 42, beteiligt sich der Ausländerbeirat zusammen mit der Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle, dem Kulturreferat, dem Schulreferat, der Stiftung Zuhören und anderen Partnern an den diesjährigen Erzähltagen, die unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Hep Monatzeder stattfinden.
Erzählen und Zuhören kann eine Brücke sein zwischen Menschen mit unterschiedlichen weltanschaulichen oder religiösen Auffassungen, mit verschiedenen Wertvorstellungen und Lebenskonzepten. Zuhören und Erzählen kann Verständigung, kann Verstehen fördern.
Drei Berliner Künstler und ein Erzähler aus Algier erzählen in ihrem Stück „Mit Abraham fing alles an" aus unterschiedlichen Perspektiven dreier Religionen humorvoll die Geschichte der Propheten und machen die Entdeckung von Gemeinsamkeiten, Unterschieden und Grenzen zwischen Juden, Christen und Muslimen zu einem vergnüglichen Abenteuer. Es finden zwei Vorstellungen statt: Um 10.30 Uhr für Schulklassen und um 20 Uhr für alle. Begrüßung durch den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Cumali Naz.

„Verständigung in religiöser Vielfalt" ist der Titel der Fortbildungsveranstaltung, die ebenfalls am 24. Oktober zwischen 14 und 18 Uhr stattfindet, und sich an Pädagogen, Multiplikatoren und Interessierte wendet. Nach einer Einführung von Dr. Heribert Prantl, dem Ressortleiter Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, beschäftigen sich Vertreter und Vertreterinnen aus drei Religionsgemeinschaften, den Medien, aus der Wissenschaft und der Praxis in Vorträgen und Gesprächsrunden mit Fragen wie: Warum glaubt der Mensch? Was heißt Verständigung in religiöser Vielfalt – wahrnehmen, zuhören, den Blickwinkel wechseln? Welche Fähigkeiten müssen gelernt werden für den Umgang mit religiösen-weltanschaulichen Konflikten? Welche pädagogischen Antworten gibt es? Welche Kraft, Macht hat der Glaube und welche Wirkungen, Gefahren? Die Teilnehmer der Gesprächsrunden: Privatdozentin Dr. Dorothea Bender-Szymanski, Jutta Höcht-Stöhr, Professor Dr. Joachim Kahlert, Dr. h. c. Max Mannheimer, Professor Dr. Armin Nassehi, Dr. Heribert Prantl, Uli Sellner, Professorin Dr. Angelika Speck-Hamdan, Bayram Türksezer, Diplompsychologe Martin Urban; Moderator: Karl-Otto Saur.
Begleitend werden auf Bücher- und Informationstischen Anregungen für die Praxis vorgestellt und die Ausstellung „Schalom! Grüß Gott! Salam aleikum!" der UNESCO-Gruppe der Bayerischen Akademie für Außenwirtschaft gezeigt.
Anmeldungen unter auslaenderbeirat@muenchen.de, Stichwort: Erzählen. Die Teilnahme ist kostenlos.
Kontakt: Angela Dellner-Aumann, Direktorium der Landeshauptstadt München – Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle, Burgstraße 4, 80331 München, Telefon 2 33-2 44 88. Weitere Informationen und Fotos zum Erzählstück unter *www.muenchen.de/Rathaus/dir/antidiskriminierung/172165/erzaehlenvongott.html* und *www.auslaenderbeirat-muenchen.de.*

Bauleitplanung für Gelände am ehemaligen Thalkirchner Bahnhof
(20.10.2006) Die Vollversammlung des Stadtrates hat am 15. Dezember 2004 beschlossen, in Teilbereichen auf dem Gelände des ehemaligen Thalkirchner Bahnhofes eine zusätzliche bauliche Entwicklung zuzulassen. Nach Durchführung eines städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerbs wird nun im Rahmen des Bauleitplanverfahrens angestrebt, das Gelände, das im wesentlichen die Grundstücke des ehemaligen Bahnhofsgeländes, die unmittelbar angrenzenden städtischen Flächen auf der Ostseite der Maria-Einsiedel-Straße und entlang der Westseite des Maria-Einsiedel-Baches und das städtische Grundstück im Süden des ehemaligen Bahnhofsgeländes umfasst, als städtebaulich und landschaftlich attraktives Quartier zu entwickeln.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Planungsziele:

- Entwicklung eines Wohnquartiers im Norden des Planungsgebietes im Anschluss an den U-Bahnausgang Thalkirchen
- Entwicklung des U-Bahn-Ausgangs Thalkirchen als Auftakt in die Isarauen; Schaffung eines attraktiven öffentlichen Platzes südlich des U-Bahnausganges evtl. mit einem Cafe und einem Wochenmarkt
- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung zur Unterbringung einer Einzelhandelseinrichtung im Platzrandgebäude für die Versorgung der Bevölkerung in den Wohngebieten mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs
- Erhalt der Sichtbeziehung zur Kirche St. Maria Thalkirchen von der Tierparkstraße aus
- Erhalt der denkmalgeschützten Bauten des ehemaligen Thalkirchner Bahnhofs und Schaffung der Voraussetzungen für eine den aktuellen Bedürfnissen entsprechende Nutzung dieser Bauten
- weitgehender Erhalt des denkmalgeschützten Gleiskörpers
- Sicherung der erforderlichen privaten Freiflächen und einer öffentlichen Grünfläche zur Naherholung in möglichst naturnaher Form unter Berücksichtigung der vorhandenen Biotopstrukturen
- Nachweis der erforderlichen Ausgleichsflächen weitgehend innerhalb des Planungsgebietes
- Lückenschluss des im Norden und Süden bereits vorhandenen Fuß- und Radweges und dessen Führung über das Gelände.

Entsprechend diesen Zielvorgaben gliedert sich die Planung für den ehemaligen Thalkirchner Bahnhof von Norden nach Süden in verschiedene Teilbereiche:

Der öffentlich zugängliche Platz im Anschluss an den U-Bahnaufgang bietet Platz für einen Wochenmarkt.

Im südlich anschließenden Platzrandgebäude mit der Gebäudehöhe von 14 Metern bis maximal 17 Metern im östlichen Gebäudeteil am Mühlbach ist neben Wohnnutzung zur Sicherstellung der verbrauchernahen Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs wie zum Beispiel Lebensmitteln im Erdgeschoss eine Ladennutzung vorgesehen. Hier soll auch die Einrichtung eines Cafés ermöglicht werden.

Nach Süden hin grenzt, abgeschirmt durch geschlossene Anordnung von Haupt- und Nebengebäuden vom Verkehrslärm der Maria-Einsiedel-Straße, eine Wohnbebauung in offener Bauweise und maximal 12 Meter hohen Gebäuden mit privaten Freiflächen an.

Eine öffentliche Grünfläche und eine Ausgleichsfläche schließen sich an. Der prägende Gehölzbestand entlang der Maria-Einsiedel-Straße soll hier und im Bereich der denkmalgeschützten Bebauung erhalten bleiben.

Im Süden des Planungsumgriffs, in den denkmalgeschützten Gebäuden des ehemaligen Thalkirchner Bahnhofs, ist eine Nutzung, die der denkmalgeschützten Bausubstanz gerecht wird und damit langfristig den Erhalt dieser Bauten sichert, geplant. Dies wäre zum Beispiel eine Büronutzung, ein Sport- und Fitnessstudio oder eine Mischung aus Arbeiten, "leiser" Gastronomie, Sport und – untergeordnet – Wohnen.
Im geltenden Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung ist das Planungsgebiet als Allgemeine Grünfläche mit Gemeinbedarfseinrichtungen für Erziehung und Fürsorge (im Bereich des alten Bahnhofsgebäudes) und Gemeinbedarfsfläche Kultur (im Bereich der denkmalgeschützten Hallen) dargestellt. Als nachrichtliche Übernahme sind der regionale Grünzug „Isartal" sowie östlich des Planungsgebiets beziehungsweise im nordöstlichen Bereich innerhalb des Planungsgebiets ein Landschaftsschutzgebiet dargestellt. Um dem Entwicklungsgebot Rechnung zu tragen, wird der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren geändert.
Der Planungsumgriff umfasst 5,6 Hektar.
Die Erschließung des Planungsgebietes erfolgt über Maria-Einsiedel-Straße und Benediktbeurer Straße.
Die Öffentlichkeit soll nun über das beabsichtigte Planungskonzept und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung informiert werden und Gelegenheit zur Äußerung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch erhalten.
Die Planunterlagen werden vom 26. Oktober mit 28. November dargelegt:

- beim Planungsreferat, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071 - Auslegungsraum - (Montag mit Freitag von 6.30 bis 20 Uhr); einen barrierefreien Eingang finden Sie an der Ostseite des Gebäudes, auf Blumenstraße 28 a,
- bei der Bezirksinspektion Süd, Implerstraße 9 (Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8 bis 12 Uhr, Dienstag von 8 bis 12 Uhr und 14 bis 18.30 Uhr, Freitag von 7 bis 12 Uhr),
- bei der Stadtteilbibliothek Fürstenried, Forstenrieder Allee 61 (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10 bis 19 Uhr und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr).

Eine öffentliche Erörterung findet am Donnerstag, 16. November, um 19 Uhr im Pfarrsaal St. Maria Thalkirchen, Fraunbergplatz 5, 81379 München statt.

Planänderung im Bereich einer Bahnstrecke

(20.10.2006) Für eine Planänderung im Bereich einer Bahnstrecke wird der Änderungsbeschluss zur allgemeinen Einsichtnahme ausgelegt. Es handelt sich um folgendes Verfahren: Vollzug des Allgemeinen Eisenbahnge-

setzes (AEG); NBS/ABS Nürnberg – Ingolstadt – München; Ausbaumaßnahmen im Bereich der Landeshauptstadt München, Planungsabschnitt 82 M der ABS Ingolstadt – München, Bahn-km 12,900 – 4,900; Änderungsplanfeststellung für die Zugänglichkeit der Bahnanlagen (Flucht- und Rettungswege). Der Planänderungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes, Außenstelle München, vom 20. September 2006, Az.: 61101 Paä (5501-82M-23), liegt mit einer Ausfertigung des festgestellten Planes (einschließlich der Rechtsbehelfsbelehrung) in der Zeit vom 23. Oktober bis 6. November bei der Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA I Stadtentwicklungsplanung, Blumenstraße 31, 80331 München, (Gerberblock), 2. Obergeschoss, Zimmer 208, Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr (außer feiertags) zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Der Planänderungsbeschluss und der festgestellte Plan können auch nach vorheriger Terminvereinbarung beim Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle München, Arnulfstraße 9/11, 80335 München, eingesehen werden. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Planänderungsbeschluss den Betroffenen gegenüber, an die keine persönliche Zustellung erfolgt ist, als zugestellt (§ 74 Abs. 4 Satz 3 Verwaltungsverfahrensgesetz).

Vortrag „Schutz vor Insolvenz eines Bauvertragspartners“

(20.10.2006) Daran sollten private Bauherren denken, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist: Eine jederzeit mögliche Insolvenz eines Bauvertragspartners. Auch hier hilft das Bauzentrum München weiter. Im Rahmen eines Infoabends am Donnerstag, 26. Oktober (18 Uhr), erläutert Wolfgang Junghenn, Rechtsanwalt und Partner in der Baurechts-Kanzlei Dr. Kainz & Partner, in einem Vortrag, was vorbeugend zu tun ist.
Private Bauherren können sich während der verschiedenen Phasen des Planungs- und Bauprozesses gegen die Folgen einer Insolvenz eines Bauvertragspartners schützen, wie – darüber bericht der Rechtsexperte. Denn Schutz und Vorsicht ist dringend geboten: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt seit Jahren kontinuierlich an. Im Jahre 2003 gingen 39.300 Unternehmen in Deutschland pleite. 20 Prozent der Unternehmensinsolvenzen betrafen das Baugewerbe. Die Statistik zeigt also erhebliche Risiken, die der private Bauherr zu bedenken hat. Im Anschluss an sein Referat steht der Experte für Fragen zur Verfügung. Der Eintritt ist frei.
Das Bauzentrum München in der Messestadt Riem bietet Bauproduktausstellung, Vorträge, Fachseminare, Sonderveranstaltungen und berät kostenlos zu allen Fragen rund ums Bauen und Wohnen. Die Adresse des Bauzentrums München ist die Willy-Brandt-Allee 10 in der Messestadt Riem (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in

Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum).
Hinweis: Das Bauzentrum München ist nicht mit dem Bauzentrum Poing zu verwechseln, das sich in der Nachbarschaft einige Kilometer weiter ostwärts befindet und eine Fertighausausstellung beherbergt.
Im Internet ist das Bauzentrum über die Adresse *www.muenchen.de/bauzentrum* zu erreichen, telefonisch unter der Telefonnummer 50 50 85. Unter dieser Nummer kann man sich auch über die umfangreichen Beratungs- und Veranstaltungsangebote des Bauzentrums München informieren. Die Öffnungszeiten sind: Montag bis Samstag von 9 bis 19 Uhr; Sonn- und Feiertag geschlossen. Während der regulären Öffnungszeiten haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, sich in der ständigen Ausstellung über Produkte und Dienstleistungen rund ums Bauen zu informieren. Im Rahmen von Sonder- oder Fremdveranstaltungen (wie zum Beispiel bei Raumanmietungen) kann das Bauzentrum München aber auch weiterhin an Sonn- und Feiertagen genutzt werden.

Internetkurs „Fit fürs Internet" in der Kinder- und Jugendbibliothek
(20.10.2006) Für Internet-Neulinge bietet die Kinder- und Jugendbibliothek der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig einmal im Monat kostenlose Einführungskurse für Kinder von acht bis elf Jahren an. In der einstündigen Schulung wird Wissenswertes über das World Wide Web vermittelt. Es gibt Hinweise auf spannende Links und Tipps zur erfolgreichen Suche im Netz. Die Kurse finden im Multimedia-Studio der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, statt, so dass für jedes Kind ein eigener PC zum Ausprobieren zur Verfügung steht.
Der nächste Termin für die Einführung ist Mittwoch, 25. Oktober, von 16 bis 17.15 Uhr. Treffpunkt an der Information im Erdgeschoss der Kinder- und Jugendbibliothek. Die Teilnehmerzahl ist auf zwölf Personen begrenzt. Anmeldung unter Telefon 4 80 98-33 38. Der Eintritt ist frei.

Vorlesen und basteln in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing
(20.10.2006) Am Mittwoch, 25. Oktober, 15 Uhr, wird in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing, die Bilderbuchgeschichte „Freunde fürs Leben" vorgelesen. Die Geschichte: Es war einmal ein kleiner Tyrannosaurus, der hatte keine Freunde, denn er hatte sie alle gefressen. An diesem Morgen hatte er gerade seinen letzten neuen Freund gefressen. Jetzt war er allein im großen Wald und wurde sehr traurig. Außerdem wurde ihm klar, dass er bald erneut einen großen Hunger bekommen würde... Glücklicherweise

näherte sich ihm in diesem Moment jemand. Jemand, der wusste, wie man es anstellt, nicht gefressen zu werden. Wer das wohl sein mag? Nach dem Vorlesen wird ein Motiv aus dem Bilderbuch gebastelt. Alle Kinder ab vier Jahren sind herzlich dazu eingeladen. Kostenlose Mitmachkarten sind in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing, Pfarrer-Grimm-Straße 1, erhältlich oder können unter 1 89 32 99 0 telefonisch reserviert werden.

Führung durch Ausstellung „Modell Neuer Hauptbahnhof 1940/42“
(20.10.2006) Angela Hückel, Leiterin der Restaurierungsabteilung, und Christian Hell, Möbelrestaurator, führen am Dienstag, 24. Oktober, um 15 Uhr durch die Ausstellung „Modell Neuer Hauptbahnhof 1940/42“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, und erläutern die Konservierungsarbeiten, die nötig waren, um das Holzmodell – Standfläche 200 Zentimeter, Höhe der Kuppel 70 Zentimeter – zu erhalten. Sie erklären auch die Restaurierungsmethoden, Restaurierungsmaterialien und Recherchen zur Teilrekonstruktion. Dabei wird auch ein Einblick in die Planungsgeschichte des Hauptbahnhofs in den Jahren 1938 bis 1942 gegeben. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt beträgt 4 Euro, ermäßigt 2 Euro, die Führungsgebühr 3 Euro.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche
Dienstag, 24. Oktober

10.30 Uhr	Kreisverwaltungsausschuss – Großer Sitzungssaal
14.30 Uhr	Finanzausschuss – Großer Sitzungssaal

Mittwoch, 25. Oktober

9.00 Uhr	Vollversammlung – Großer Sitzungssaal

Landeshauptstadt
München
Baureferat

Baustellen aktuell

Freitag, 20. Oktober 2006

Ludwigstraße / Von-der-Tann-Straße (Maxvorstadt)
Das Baureferat erstellt in der Ludwigsstraße südlich der Von-der-Tann-Straße eine Mittelinsel und schafft damit eine neue Querungsmöglichkeit für Fußgänger.
In diesem Zusammenhang wird auch der Fahrbahnbelag komplett erneuert.
Von 23. Oktober bis Mitte November 2006
entfallen im gesamten Kreuzungsbereich wechselweise einzelne Fahrspuren.

Triftstraße / Liebigstraße (Lehel)
Die Stadtwerke erneuern im Kreuzungsbereich Triftstraße / Wagmüllerstraße / Liebigstraße auf einer Länge von sechzig Metern die Trambahngleise.
Von 25. Oktober bis 7. November 2006
ist die Kreuzung für den Durchgangsverkehr komplett gesperrt. Der Betrieb auf der Tramlinie 17 wird, mit Ausnahme des Sonntags, 29. Oktober, aufrechterhalten.

Blumenstraße (Altstadt)
Das Baureferat erstellt zwischen Müllerstraße und Papa-Schmid-Straße einen Radfahrstreifen. Um Blindmarkierungen wegen der neuen Fahrspuraufteilung zu vermeiden wird die Fahrbahndecke in der Blumenstraße erneuert. Diese Arbeiten finden aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens ausschließlich nachts statt.
Von 24. Oktober bis 3. November 2006
ist in voraussichtlich vier Nächten jeweils von 20.00 Uhr bis 06.00 Uhr pro Richtung nur eine Fahrspur frei.

Paul-Preuß-Straße / Dülferstraße (Feldmoching)
Das Baureferat erneuert zwischen Josef-Frankl-Straße und einschließlich dem kompletten Kreuzungsbereich mit der Dülferstraße den Fahrbahnbelag.
Von 23. bis 27. Oktober 2006
sind die Paul-Preuß-Straße und die Bahnunterführung Dülferstraße gesperrt.

Bodenseestraße und Aubinger Straße (Pasing)
Die Stadtwerke erneuern eine Gashochdruckleitung.
Bis Ende November 2006
ist in der Bodenseestraße zwischen Aubinger Straße und Otilostraße pro Richtung jeweils nur eine von zwei Fahrspuren frei. In der Aubinger Straße wird der Verkehr mit je einer Fahrspur pro Richtung aufrechterhalten. Im Stauraum vor der Bodenseestraße ist nur eine von zwei Fahrspuren frei.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter http://www.muenchen.de/baustellenbericht

Herausgeberin: Landeshauptstadt München, Baureferat RK, Baustellenkoordinierung
Telefon: (089) 2 33-6 00 50, Telefax: (089) 2 33-6 00 55, Email: baustellen.bau@muenchen.de